

Geld für Gaza

Hilfszusagen sollen Gazas Kriegswunden heilen. Doch Frieden ist noch weit. **Seite 8**



Rot geworden

Brandenburgs Genossen verwundert, wie viel die LINKE der SPD abrang. **Seite 12**

Foto: dpa/Ralf Hirschberger

Was ist ein Buch?

Jaron Lanier und die Neuerfindung der Buchmesse. **Seite 16**

Foto: dpa/Arne Dedert

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 13. Oktober 2014

69. Jahrgang/Nr. 238

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

Putin: Abzug der Truppen an der Grenze

Diese Woche Gespräche über den Ukraine-Konflikt

Moskau. Der russische Präsident Wladimir Putin hat den Abzug der Truppen von der Grenze zur Ukraine angeordnet. Der Befehl vom Samstagabend gelte für 17 600 Soldaten, die nach »abgeschlossenen Manövern« in der Region Rostow in ihre Kasernen zurückkehren sollten, teilte der Kreml mit. »Der Staatschef hat Verteidigungsminister Sergej Schoigu angewiesen, den Rückzug der Soldaten in ihre Kasernen zu beginnen«, hieß es. Mit der Anordnung kommt Putin einer Kernforderung Kiews und des Westens nach, die Russland vorwerfen, die Separatisten in der Ostukraine militärisch zu unterstützen.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko kündigte für kommenden Freitag ein Treffen mit Putin in Mailand an, bei dem Wege zur Beilegung der Krise beraten werden sollten. In der norditalienischen Stadt findet am Donnerstag und Freitag ein Europa-Asien-Gipfel statt. An dem Poroschenko-Putin-Treffen werden auch die Regierungschefs Italiens und Großbritanniens, Matteo Renzi und David Cameron, sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnehmen. Putin und Poroschenko waren zuletzt Ende August zusammengetroffen. Die Gespräche führten Anfang September zum Abschluss einer Waffenruhe im Osten der Ukraine, doch gibt es weiterhin Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Separatisten. Erst am Samstag wurden bei Gefechten in den Rebellhochburgen Donezk und Lugansk nach Behördenangaben fünf Menschen getötet. *AFP/nd*

UNTEN LINKS

In seiner **Perfidie** ist er wie das Finanzamt oder der Ehepartner. Monatelang wiegt er einen in dem angenehmen Gefühl, er existiere gar nicht, dabei lauert er in Wirklichkeit die ganze Zeit feixend im Hintergrund und wartet auf den Moment zum Losschlagen: der Herbst, der Klaus Kinski unter den Jahreszeiten. Er tut so, als sei er nur eine gewöhnliche Jahreszeit, dabei ist er eine Drecksau. Der Herbst macht uns nass, der Herbst ist böse, der Herbst stinkt. Sprechen wir es ruhig aus: Es müsste ihm mal einer ordentlich die Fresse polieren. Was haben wir ihm denn schon zu verdanken, dem Herbst? Schießereien, Geiselnahmen, fragwürdige Frisuren (»Deutscher Herbst«)! Die Zerstörung bedeutsamer Bauwerke, ungünstige Massenaufmärsche, hysterische Fah-nenschwenkereien und noch schrecklichere Frisuren, als sie uns 1977 zugemutet wurden (»Herbst '89«)! Und: Scheußliche Herbstmode, Herbstgedichte, Herbstdepressionen! Mal sehen, was diesmal auf uns zukommt. *tbl*

Yes We Piketty



Er wird als »neuer Superstar« der Ökonomen gefeiert, sein Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« als »bahnbrechendes Meisterwerk« gelobt. Diese Ausgabe des »nd« widmet sich den Thesen Thomas Pikettys, Reichtum und Ungleichheit.

Illustration: nd/Holger Hinterseher

Berlin. Vor ein paar Tagen zeigte eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, dass sowohl die Armut als auch der Reichtum in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zugenommen haben. Man könnte auch sagen: Der Teufel schießt immer auf den größten Haufen. Welche Folgen die wachsende Konzentration der Einkommen und Vermögen bei den oberen zehn Prozent hat, darüber wird schon seit langem diskutiert. Neuen Schwung hat diese Diskussion durch den französischen Ökonom Thomas Piketty erhalten, der das Gesetz der kapitalisti-

schen Reichtumsverteilung auf eine einfache Formel brachte: $r > g$. Im Grunde besagt diese, dass Gewinne aus Kapital höher als die Wachstumsraten der Wirtschaft sind – und deshalb die Vermögen der Wohlhabenden meist schneller zunehmen als die Volkseinkommen. Über Renditen und Erbschaften wird eine kleine Elite so immer reicher – und immer mächtiger.

Nun ist Pikettys Studie »Das Kapital im 21. Jahrhunderts« auf Deutsch erschienen. Wir haben den französischen Ökonomen besucht, haben andere Wissenschaftler gefragt, was sie von dem Buch halten. Warum konnte Piketty

so einen Hype auslösen? Und was gibt es von links für Kritik an seinem Werk? Wir lassen Politiker und Gewerkschafter zu Wort kommen – und haben uns umgehört, was einfache Leute über »Reichtum« denken. Grafiken rücken einzelne Aspekte der globalen Ungleichheit und der Konzentration von Reichtum in den Blick. Und natürlich geht es auch darum, was aus Pikettys Erkenntnissen zu lernen ist: Wie gesellschaftsverändernd kann steuerliche Umverteilung überhaupt sein? Und warum wäre weniger Ungleichheit für alle besser? Antworten finden Sie auf den

Seiten 2, 3, 5, 7, 9, 10, 11, 15, 19 und 20

Kurden fordern Hilfskorridor für Nordsyrien

Tausende demonstrierten friedlich gegen die IS-Miliz

Düsseldorf. Angesichts der Lage in der nord-syrischen Stadt Kobane haben Kurden bei einer Demonstration in Düsseldorf am Samstag mehr Druck auf die Türkei gefordert. Die Bundesregierung müsse ihren Einfluss geltend machen, damit im Grenzgebiet zur Türkei ein Sicherheitskorridor für Hilfs- und Waffenlieferungen geschaffen werde. Mehr als 20 000 Kurden gingen laut Polizei auf die Straße. Die Lage blieb friedlich. Dagegen wurden bei einem Angriff radikaler Muslime auf eine Demonstration im österreichischen Bregenz zwei Menschen schwer verletzt. Am Sonntagmittag kamen zu einer kurdischen Demonstration in Berlin-Neukölln etwa 2000 Menschen zusammen.

Derweil wird heftig über schärfere Gesetze gegen deutsche Dschihadisten diskutiert. Justizminister Heiko Maas (SPD) warnte davor, das Strafrecht überzogen zu verschärfen und Grundrechte zu beschneiden. »Purer Aktionismus stoppt keine Terroristen«, sagte er »Spiegel Online«. Unionsfraktionsvize Thomas Strobl (CDU) nannte den Aktionismus vorwurf unangebracht.

Der Vorstoß des Islamischen Staates in Kobane ist nach Berichten von den Verteidigern vorerst gestoppt worden. Der IS kontrolliere weiterhin etwa 40 Prozent der Kurdenhochburg, teilte die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit.

Derweil sind die drei deutschen Fotoreporter Chris Grodotzki, Ruben Neugebauer und Björn Kietzmann im türkischen Diyarbakir festgenommen worden. Kietzmann, der auch für »neues deutschland« arbeitet, hatte getwittert, sie hätten über kurdische Proteste berichten wollen. *Agenturen/nd*

Seiten 5 und 8

Asylbewerberheim bei Rostock angegriffen

Unbekannte warfen Brandsätze auf die Unterkunft

Groß Lüsewitz. Nach Polizeiangaben haben Unbekannte in der Nacht zu Sonntag zwei mit brennbarer Flüssigkeit gefüllte Bierflaschen gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Groß Lüsewitz bei Rostock geworfen. Das Gebäude geriet nicht in Brand. Das Feuer sei von selbst erloschen, teilte die Polizei mit. Sie geht von einem politischen Hintergrund aus. Die Unterkunft werde vorerst rund um die Uhr durch Beamte geschützt. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen versuchter schwerer Brandstiftung. In der Vergangenheit war es in Mecklenburg-Vorpommern zu ähnlichen Attacken gekommen. Vor einem Jahr warfen Angreifer zweimal die Haustür eines Heimes in Eggesin (Kreis Vorpommern-Greifswald) ein. Ebenfalls im Herbst 2013 waren in Güstrow (Landkreis Rostock) zwei brennende Feuerwerkskörper durch ein Fenster in den Keller einer Asylbewerberunterkunft geschleudert worden. In beiden Fällen gab es keine Verletzten. Und in beiden Fällen hatte die NPD zuvor zu Protesten gegen die Unterbringung von Ausländern aufgerufen.

Landesinnenminister Lorenz Caffier (CDU) verurteilte den jüngsten Angriff. Er halte auch ein baldiges Verbot der NPD für absolut erforderlich. Der innenpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Peter Ritter, forderte eine schnellstmögliche Aufklärung. Alle Demokraten müssten dafür Sorge tragen, dass Ausländerfeindlichkeit und Rassismus geächtet werden, erklärte er. »Ein NPD-Verbot ist richtig, reicht aber allein nicht aus.«

Auch in anderen Ländern wie Schleswig-Holstein und Brandenburg versuchen Rechte derzeit, Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. *dpa/nd*

Seiten 12 und 14

ISSN 0323-3375

